

5. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

15. Juni 1955

314/3

Anfrage

der Abg. Proksch, Stampfer, Rosenberg und
Genossen

an den Bundesminister für Handel und Wiederaufbau,
betreffend Ausschluß der Arbeitnehmervertreter von den ministeriellen
Besprechungen über die Ablöse des sogenannten Deutschen Eigentums.

-.-.-.-

Vor kurzem hielt der Herr Bundesminister für Handel und Wiederaufbau mit Spitzenvertretern von Gewerbe und Industrie Besprechungen über die Frage der Ablöse für das sogenannte Deutsche Eigentum ab, über die in der amtlichen "Wiener Zeitung" berichtet wurde. Eine Zuziehung von Vertretern der Arbeiterkammern wurde vom Herrn Bundesminister mit der Begründung abgelehnt, daß er nur jene Interessenvertreter eingeladen habe, an deren Stellungnahme er unmittelbar interessiert sei.

Die unterzeichneten Abgeordneten erblicken in dieser Vorgangsweise eine Brüskierung jener großen Gruppe des österreichischen Volkes, deren Interessen durch die Arbeiterkammern vertreten werden. Das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau ist keineswegs nur dazu berufen, die Interessen der Großindustrie zu vertreten, sondern sollte auf seinem Sachgebiet immer im Gesamtinteresse des österreichischen Volkes handeln. Es wird von den anfragenden Abgeordneten mit tiefem Bedauern vermerkt, daß der Herr Bundesminister nur an der Stellungnahme der Industrie unmittelbar interessiert ist. Es ist jedoch in diesem Falle dem Herrn Bundesminister keinesfalls freigestellt, welche Interessanvertretungen er um ihre Stellungnahme ersucht. Die Arbeiterkammer ist der Handelskammer durch Gesetz völlig gleichgestellt und ausdrücklich dazu berufen, in Fragen der Wirtschaftspolitik die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten. Es kann daher mit Recht auch vom Herrn Bundesminister für Handel und Wiederaufbau verlangt werden, daß er auch die Arbeiterkammer einlädt, zu derartigen Fragen ihre Stellungnahme abzugeben und gleichgestellt mitzuberaten.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Handel und Wiederaufbau die nachstehende

Anfrage:

Ist der Herr Bundesminister bereit, in Zukunft zu derartigen Beratungen die Interessenvertreter der Arbeitnehmer ebenfalls einzuladen und diese vom Ergebnis der bisherigen Beratungen zu informieren?

-.-.-.-